



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 16. Januar 2015

Inhalt

- 1. Gesicht zeigen gegen Terror! Mahnwache setzt Zeichen**
- 2. Bundeshaushalt ohne neue Schulden**
- 3. Gesunde Ernährung fördern und ermöglichen**
- 4. Nationaler Bildungsbericht 2014**
- 5. SuedLink – Hamelner Erklärung unterzeichnet**



Gesicht zeigen gegen Terror! Mahnwache setzt Zeichen

Ein kraftvolles Zeichen für eine offene und freie Gesellschaft setzten am Dienstag dieser Woche am Brandenburger Tor in Berlin zehntausend Menschen sowie die gesamte Staatsspitze, Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien, der Religionsgemeinschaften, Muslime, Christen, Juden und Atheisten bei der Mahnwache für die Opfer der Terroranschläge. In seiner tief bewegenden Rede rief Bundespräsident Joachim Gauck an die Adresse der Anhänger von Extremismus und Islamismus gerichtet: „Wir schenken Euch nicht unsere Angst. Euer Hass ist unser Ansporn!“

Die anderen Redner an diesem Abend sendeten dieselbe Botschaft in die Welt: Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren, wir sind ein weltoffenes und tolerantes Land. Wir gehören zusammen, egal welcher Religion wir angehören.

Muslimische Verbände und die Türkische Gemeinde hatten zu der Mahnwache aufgerufen. Auch Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller betonte in seiner Rede, dass er sich eine Allianz der Mitmenschlichkeit wünsche, die unsere Demokratie noch stärker mache. Das unterstrich auch Joachim Gauck, als er den Muslimen dafür dankte, dass sie sich vom Terror im Namen ihrer Religion so deutlich distanzieren: „Das ist ein patriotisches ‚Ja‘ zu dem Land, im dem wir gemeinsam leben - zu unserem Land.“ Zuvor hatte der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, ebenfalls sehr deutliche Worte gefunden: „Die Terroristen wollten den Propheten rächen? Nein! Sie haben mit ihrer Tat die größte Gotteslästerung begangen.“

Die Kundgebung war auch eine klare Absage an die Populisten von Pegida und Co., die versuchen, aus dem Terror und den Toten von Paris Profit zu schlagen. Die große Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen hat eben keinen Vorbehalt gegen Islam oder Flüchtlinge. Wir stehen für Toleranz und Freiheit, auch für die Meinungs- und Pressefreiheit.

Am [Donnerstag unterstrichen Vertreter aller Parteien im Anschluss an die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin](#) noch einmal ihre Solidarität mit Frankreich und ihre Entschlossenheit, unsere demokratische und freiheitliche Gesellschaft und unsere Werte entschlossen zu verteidigen. Unsere Antwort heißt: Mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Offenheit.

Bundshaushalt ohne neue Schulden

Dass der Bund bereits im Jahr 2014 ohne neue Schulden auskam, ist eine sehr gute Botschaft zu Jahresbeginn! Ohne Neuverschuldung in das neue Jahr zu starten, schafft Freiräume, entlastet zukünftige Generationen und macht Investitionen möglich.

Ursprünglich waren für das Haushaltsjahr 2014 neue Schulden in Höhe von 6,5 Milliarden Euro vorgesehen. Nun haben wir unser Ziel, 2015 ohne Neuverschuldung auszukommen, sogar schon ein Jahr früher erreicht! Hauptgrund für die positive Bilanz sind in erster Linie höhere Steuereinnahmen. Zu dieser guten Entwicklung



haben nicht zuletzt auch die sozial- und arbeitspolitischen Grundlagen, die die SPD während der Regierungszeit von Gerhard Schröder angestoßen hat, beigetragen. Unser Dank gilt insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Unternehmen, die mit ihren Steuern letztlich auch dafür Sorge tragen, dass wir keine neuen Schulden aufnehmen müssen und trotzdem in Infrastruktur, Bildung und Familien investieren können.

Auch im Jahr 2015 werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Koalition die treibende Kraft für eine erfolgreiche soziale und gerechte Politik sein, die das Leben der Menschen Stück für Stück verbessert, unsere Gesellschaft modernisiert und die Wirtschaft auf Erfolgskurs hält. In 2015 werden wir unter anderem die Frauenquote umsetzen, erneuerbare Energie für den Klimaschutz weiter vorantreiben und bezahlbare Mieten und gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen.

Gesunde Ernährung fördern und ermöglichen

Gesunde Ernährung ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Immer mehr Kinder, besonders auch aus bildungsfernen und einkommensschwächeren Familien, sind von den Folgen von Fehlernährung betroffen. Wir fordern deshalb, dass gesunde Ernährung nicht mehr von der finanziellen Lage der Menschen abhängen darf. Daher haben wir in dieser Woche über einen [Antrag der Koalitionsfraktionen zum Thema gesunde Ernährung](#) beraten. Dieser nimmt die Programme zur Ernährungsbildung und die Qualität der Verpflegung in Kitas, Schulen und öffentlichen Kantinen in den Blick. Die Qualität soll unter anderem durch einen Ernährungs-TÜV und eine stärkere Verpflichtung der Anbieter, auf Qualitätsstandards zu achten, verbessert werden.

Gesunde und ausgewogene Ernährung ist ein wichtiger Grundpfeiler eines ausgeglichenen und gesunden Lebensstils. Diesen wollen wir fördern und positive Anreize schaffen, ohne dabei Menschen zu bevormunden. Wir wollen niemanden dazu zwingen, sich in einer bestimmten Weise zu ernähren – um Zwang geht es in dem Antrag keinesfalls. Wir wollen jedoch Möglichkeiten schaffen, damit gesunde Ernährung für jede Bürgerin und jeden Bürger finanzier- und machbar ist.

Wir sagen ernährungsbedingter Fettleibigkeit, Übergewicht und Herz-Kreislauf-Erkrankungen den Kampf an, den wir durch die Erarbeitung einer nationalen Strategie zur Verringerung von Fetten, Zucker und Salz in Fertigprodukten führen. Außerdem wollen wir uns für „quengelfreie“, also süßigkeitenfreie, Kassen in Supermärkten einsetzen. Zudem wollen wir mit der Wirtschaft ein größeres Angebot an kleineren Verpackungsgrößen vereinbaren, um den Bedürfnissen von allein lebenden Menschen gerecht zu werden. So kann auch die dringend benötigte Verringerung von vermeidbaren Lebensmittelabfällen gefördert werden.



Wichtig bleibt zu erwähnen, dass all diese Vorhaben nicht allein durch Politik umgesetzt werden können. Wir sind darauf angewiesen, dass alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Akteure an einem Strang ziehen. Diese wichtigen Ziele können nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Bundesländern und der Lebensmittelwirtschaft erreicht werden.

Nationaler Bildungsbericht 2014



Diese Woche wurde im Bundestag über den seit fünf Jahren erscheinenden [nationalen Bildungsbericht](#) beraten und darüber, welche Lehren daraus gezogen werden müssen. Der nationale Bildungsbericht wird jährlich im Auftrag der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz von einer Gruppe unabhängiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erstellt. Er beschreibt Erfolge und Defizite in allen wichtigen bildungspolitischen Handlungsfeldern, von der frühkindlichen Bildung über die schulische und berufliche Bildung bis hin zur Weiterbildung.

Der diesjährige Bericht beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“. Die politischen Schlussfolgerungen der Experten werden in einem [gemeinsamen Antrag der Regierungskoalitionen](#) aufgegriffen, über den diese Woche im Plenum beraten wurde.

Der aktuelle Bericht zeigt eine deutliche Verbesserung der Bildung in unserem Land. Positiv hervorgehoben werden vor allem der konsequent vorangetriebene Ausbau der Kindertagesstätten sowie der deutliche Anstieg der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren. Außerdem wird betont, dass die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss und der Anteil der jungen Menschen ohne abgeschlossene Berufsbildung gesunken sind. Allgemein ist der Bildungsstand der Bevölkerung gestiegen.

Trotz dieser erfreulichen Tatsachen zeigt der Bildungsbericht auch Schwächen auf. Es gibt weiterhin viel zu tun! Wir werden die frühkindliche Bildung deutlich stärken und insbesondere auch Kinder mit Migrationshintergrund für eine Kita-Betreuung gewinnen. Darüber hinaus sind auch Verbesserungen im Bereich der Bildungsgerechtigkeit notwendig. Zwar sind die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Haushalten und Nicht-Akademikerhaushalten gestiegen, doch die bestehenden Ungleichheiten sind weiterhin ein sehr ernstzunehmendes Problem, dem wir uns mit Nachdruck annehmen müssen.

Der Schwerpunkt „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“ rückt das Thema Inklusion ins Zentrum der Aufmerksamkeit, die wir als Aufgabe für alle Teilbereiche des Bildungswesens verstehen. Sie muss von der frühkindlichen Bildung an bis hin zum Hochschulabschluss gewährleistet werden. Die vollständige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland vor fünf Jahren unterzeichnet hat, muss hierbei unser besonderes Ziel sein.

SuedLink – Hamelner Erklärung unterzeichnet

Bundestagsabgeordnete und Landkreise stellen Forderungen an Bundesnetzagentur

In dieser Sitzungswoche haben die Unterzeichner der „Hamelner Erklärung“ in Berlin über das Stromtrassen-Projekt SuedLink diskutiert. 18 Landkreise hatten mit der „Hamelner Erklärung“ ein Positionspapier verabschiedet, das ihre Haltung zur geplanten Stromtrasse SuedLink formuliert. Damit gibt es jetzt eine Zusammenarbeit über vier der fünf von SuedLink betroffenen Bundesländer hinweg. Auch der Landkreis Kassel und der Schwalm-Eder-Kreis sind daran beteiligt. Zu den Unterzeichnern gehören Ulrike Gottschalck und Edgar Franke ebenso wie andere Bundestagsabgeordnete, deren Wahlkreise vom geplanten Stromtrassenbau betroffen sind.

Im Bundestag erläuterten die Landkreise, warum sie der derzeitigen Planung des Projekts kritisch gegenüberstehen. Tjark Bartels, Landrat des Landkreises Hameln-Pyrmont und Sprecher der Landkreiskooperation, sowie Dr. Peter Durinke und Prof. Dr.-Ing. Karsten Runge als juristische und technische Berater stellten die Bedenken der betroffenen Landkreise vor.

Die Auswahl der Korridore müsse transparent, nachvollziehbar und öffentlich gemacht werden. Dazu müsse neben den Auswahlkriterien auch deren Gewichtung offengelegt werden. Daneben sei versäumt worden, die betroffenen Kommunen vor dem ersten Trassenvorschlag zu beteiligen.

Kritisiert wurde vor allem das vollkommen intransparente Vorgehen des Betreibers TenneT bei der Ermittlung der geplanten Trassenführung. Der Planungsschritt der großräumigen Alternativenuntersuchung sei vollkommen ausgelassen worden. Bartels sagte, der TenneT-Antrag sei daher unvollständig die gewählte Trasse entsprechend alles andere als alternativlos. Unter anderem fehle eine Begründung für die Reduzierung auf nur eine Trasse. TenneT plant zudem, SuedLink als Gleichstromtrasse zu realisieren. Dieses Verfahren sei noch nicht erprobt. Es fehlten Angaben, wie mit etwaigen Gesundheitsrisiken umgegangen werden solle. Wegen dieser Mängel hätten die Unterzeichner der „Hamelner Erklärung“ bei der Bundesnetzagentur beantragt, den Antrag von TenneT wegen Unvollständigkeit zurückzuweisen.

Bartels erklärte, es ginge der kommunalen Seite ausdrücklich um das "Wie" der Trasse, nicht um das „Ob“. Der Antrag von TenneT sei so jedoch nicht genehmigungsfähig.

Bis heute seien innerhalb der Landkreiskooperation mehr als 600 Raumwiderstände systematisch ermittelt worden, die von TenneT nicht berücksichtigt worden seien. Die Landkreise befürchten, dass zum Beispiel die Auswirkungen einer Stromtrasse auf die Gesundheit und den Tourismus nicht berücksichtigt worden seien.

Edgar Franke forderte in der Diskussion, dass im Hinblick auf die noch nicht erforschten gesundheitlichen Langzeitfolgen von Gleichstromleitungen dieser Größenordnung gesetzliche Mindestabstände zu bestimmen seien. In der Nähe von

Ortschaften sei zudem eine Erdverkabelung der Trasse zwingend erforderlich. Mit dem Bundesbedarfsplangesetz existiere bereits eine rechtliche Grundlage, dies umsetzen zu können.

Wie die juristischen Vertreter der Landkreise sieht auch Franke die Landesregierungen in der Pflicht, nach niedersächsischem Vorbild rechtliche Rahmenbedingungen wie Mindestabstände festzulegen und auf eine Überprüfung der Trassenführung hinzuwirken. Daher hat er Gutachten über die gesundheitlichen Auswirkungen der so genannten HGÜ-Freileitungen beim wissenschaftlichen Dienst des Bundestages beantragt und Informationen beim Deutschen Krebsforschungszentrum eingeholt.

Des Weiteren weist Franke nachdrücklich darauf hin, dass nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz die Möglichkeit bestehe, Besitzeinweisungen und vor allen Dingen Enteignungen im Hinblick auf den Bau der Trasse vor einem Planfeststellungsbeschluss zu realisieren. Dies sei rechtlich höchst problematisch und hier sei ein Angriffspunkt gegen das Gesetz.

Gespräch mit Bundesnetzagentur

Die Landkreiskooperation hat die Bundesnetzagentur aufgefordert, im Rahmen ihrer Prüfungskompetenz alle Belange und vorgetragenen Bedenken im Interesse der Menschen sorgfältig abzuwägen. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, sagte bei der Übergabe der gemeinsamen Erklärung den Vertretern der Landkreise zu, die Stromtrasse im »möglichst großen Einvernehmen« zu planen.

Nach der Klärung der offenen Punkte werde die Bundesnetzagentur in den betroffenen Regionen zu öffentlichen Antragskonferenzen einladen. Dabei sollen Informationen zu alternativen Trassenführungen sowie zu Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Natur gesammelt werden, um diese im weiteren Verfahren berücksichtigen zu können. Voraussichtlich Ende Februar werden die Kreise nach Kassel zu einer Fachkonferenz mit Experten aus Forschung und Industrie zum Thema Erdverkabelung einladen. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind dazu willkommen.

Unsere Tipps:

- **Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“:** Durch das Programm sollen Engagement fördernde Prozesse in Städten und Gemeinden mit 10.000 bis 100.000 Einwohnern langfristig gestärkt werden. Die Bewerbung, z. B. von gemeinnützigen Einrichtungen, kann bis zum 1. März 2015 unter www.engagiertestadt.de erfolgen.
- **Wettbewerb „Land der Ideen“:** Unter dem Motto „Stadt, Land, Netz! Innovationen für eine digitale Welt“ werden auch in diesem Jahr wieder herausragende Ideen und kreative Köpfe gesucht! Bis zum 15. März 2015 können sich Interessierte aus Unternehmen, Kunst- und Kultureinrichtungen, Verbänden oder auch private Initiatoren unter www.ausgezeichnete-orte.de bewerben.
- Die Robert Bosch Stiftung schreibt den Ideenwettbewerb **„Kleine Schritte – große Wirkung“ für eine bessere Mobilität im Alter** aus: Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen können sich bis zum 22. März 2015 unter www.bosch-stiftung.de/kleineschritte bewerben. Die 20 aussichtsreichsten Projektkonzeptionen werden mit bis zu 10.000 Euro unterstützt.
- **Bundespreis Verbraucherschutz:** Kennen Sie Persönlichkeiten, die allein oder in Projekten Verbraucherrechte gegenüber unfairen Unternehmen und Institutionen einfordern? Wenn ja, können Sie bis zum 15. März Ihre Vorschläge unter www.verbraucherstiftung.de einreichen.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einenschnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia